Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

34. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 22. April 1980	Nummer 28
---------------------	---	------------------

Glied- Nr.	Datum	Inhalt	Seite
223	3. 3. 1980	Allgemeine Prüfungsordnung für berufsbildende Schulen (APO-BBS)	464
223	24. 3. 1980	Verordnung zur Ausführung des § 7 Schulfinanzgesetz (Schülerfahrkostenverordnung – SchfkVO –) . . .	468

223

**Allgemeine Prüfungsordnung
für berufsbildende Schulen (APO-BBS)
Vom 3. März 1980**

Aufgrund des § 26 b Schulverwaltungsgesetz (SchVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. August 1978 (GV. NW. S. 516), geändert durch Gesetz vom 20. November 1979 (GV. NW. S. 830), wird mit Zustimmung des Ausschusses für Schule und Kultur des Landtags verordnet:

Inhaltsübersicht

1. Abschnitt:

Allgemeine Bestimmungen

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Zweck und Gliederung der Prüfung
- § 3 Prüfungsanforderungen, Prüfungsnoten

2. Abschnitt:

Prüfungsausschüsse

- § 4 Prüfungsausschuß
- § 5 Fachprüfungsausschüsse
- § 6 Stimmberechtigung, Beschlußfassung
- § 7 Besorgnis der Befangenheit
- § 8 Niederschriften
- § 9 Teilnahme von Gästen
- § 10 Pflicht zur Verschwiegenheit

3. Abschnitt:

Zulassung zur Prüfung

- § 11 Zulassungskonferenz
- § 12 Nichtzulassung zur Prüfung

4. Abschnitt:

Ablauf und Verfahren der Prüfung

- § 13 Schriftliche Prüfung
- § 14 Durchführung der schriftlichen Prüfung
- § 15 Bewertung der schriftlichen Arbeiten
- § 16 Praktische Prüfung
- § 17 Zwischenkonferenz
- § 18 Mündliche Prüfung
- § 19 Benennung weiterer Prüfungsfächer durch den Prüfling
- § 20 Durchführung der mündlichen Prüfung
- § 21 Bewertung der mündlichen Leistungen
- § 22 Ergänzende Bestimmung für behinderte Schüler

5. Abschnitt:

Unregelmäßigkeiten bei der Prüfung

- § 23 Nichtteilnahme an der Prüfung
- § 24 Täuschungshandlungen und deren Folgen

6. Abschnitt:

Abschluß der Prüfung

- § 25 Abschlußkonferenz
- § 26 Prüfungsergebnis
- § 27 Nachprüfung
- § 28 Wiederholung der Prüfung
- § 29 Beanstandung von Prüfungsentscheidungen
- § 30 Widerspruch
- § 31 Zeugnis
- § 32 Berechtigungen

7. Abschnitt:

Prüfungen für Nichtschüler

- § 33 Zulassungsvoraussetzungen
- § 34 Zulassungsantrag

8. Abschnitt:

Schlußvorschriften

- § 35 Inkrafttreten

1. Abschnitt:

Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Geltungsbereich

Soweit die Ausbildungsordnung für den jeweiligen Bildungsgang dies bestimmt, gilt diese Verordnung für Bildungsgänge an berufsbildenden Schulen, die mit einer Prüfung abschließen.

§ 2

Zweck und Gliederung der Prüfung

(1) Durch die staatliche Abschlußprüfung wird festgestellt, ob der Prüfling das Ziel des Bildungsganges erreicht hat.

(2) Die Prüfung besteht aus einem schriftlichen, einem mündlichen und gegebenenfalls einem praktischen Teil.

§ 3

Prüfungsanforderungen, Prüfungsnoten

(1) Die Prüfungsanforderungen richten sich nach den Richtlinien und Lehrplänen und dem Ziel der Ausbildung.

(2) Die in der Prüfung erbrachten Leistungen werden mit den Notenstufen gemäß § 25 Abs. 1 Allgemeine Schulordnung (ASchO) bewertet, soweit nicht die jeweilige Ausbildungsordnung ein Punktsystem vorsieht.

2. Abschnitt:

Prüfungsausschüsse

§ 4

Prüfungsausschuß

(1) Für die Abschlußprüfung wird ein staatlicher Prüfungsausschuß gebildet. Mitglieder des Prüfungsausschusses sind der Vorsitzende, der Schulleiter oder sein Vertreter sowie die Lehrer der Abschlußklasse.

(2) Bei Bedarf kann der Vorsitzende weitere fachkundige Mitglieder berufen.

(3) Vorsitzender des Prüfungsausschusses ist grundsätzlich der für die Schule zuständige schulfachliche Dezernent, in Ausnahmefällen ein anderer von der oberen Schulaufsichtsbehörde bestellter schulfachlicher Dezernent oder ein beauftragter Schulleiter. Nimmt die obere Schulaufsichtsbehörde den Vorsitz nicht wahr, so ist der Schulleiter oder in begründeten Fällen sein Vertreter mit dem Vorsitz zu beauftragen. Der Kultusminister kann im Einzelfall hiervon abweichend den Vorsitzenden bestimmen.

(4) Bis zur mündlichen Prüfung nimmt in der Regel der Schulleiter die Aufgaben des Vorsitzenden wahr.

(5) Der Prüfungsausschuß tritt zur Zulassungskonferenz (§ 11 Abs. 1), zwischen den einzelnen Prüfungsteilen zur Zwischenkonferenz (§ 17) und am Ende der Prüfung zur Abschlußkonferenz (§ 25) zusammen. Bei Bedarf kann der Vorsitzende den Prüfungsausschuß zu weiteren Konferenzen einberufen.

§ 5

Fachprüfungsausschüsse

(1) Die mündliche und die praktische Prüfung werden in der Regel von Fachprüfungsausschüssen abgenommen. Für jedes Fach der Prüfung ist dann ein Fachprüfungsausschuß zu bilden. Können keine Fachprüfungsausschüsse gebildet werden, so tritt an ihre Stelle der Prüfungsausschuß.

(2) Jeder Fachprüfungsausschuß besteht aus drei Mitgliedern, und zwar

1. dem Schulleiter oder seinem Vertreter oder dem für die Schulform oder das jeweilige Fach verantwortlichen Lehrer als Vorsitzenden,
2. dem Lehrer, der in der Regel den Unterricht in der Abschlußklasse erteilt hat, als Fachprüfer,
3. einem sachkundigen Lehrer als Fachbeisitzer und Schriftführer.

(3) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses beruft die Mitglieder des Fachprüfungsausschusses.

(4) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses kann in den Fachprüfungsausschüssen anstelle des berufenen Vorsitzenden den Vorsitz übernehmen. Der berufene Vorsitzende bleibt stimmberechtigtes Mitglied im Fachprüfungsausschuß.

§ 6

Stimmberechtigung, Beschlußfassung

(1) Die Mitglieder der nach §§ 4 und 5 gebildeten Ausschüsse sind stimmberechtigt.

(2) Der Prüfungsausschuß (§ 4) ist beschlußfähig, wenn zwei Drittel seiner Mitglieder anwesend sind.

(3) Fachprüfungsausschüsse (§ 5 Abs. 2) sind nur beschlußfähig, wenn alle Mitglieder anwesend sind.

(4) Alle Ausschüsse beschließen mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Stimmenthaltung ist nicht zulässig. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

§ 7

Besorgnis der Befangenheit

Bei Zweifeln, ob ein Mitglied von der Mitwirkung in einem Ausschuß aufgrund von § 20 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) ausgeschlossen ist, oder bei Besorgnis der Befangenheit (§ 21 VwVfG) entscheidet der Prüfungsausschuß. Der Betroffene darf an der Entscheidung nicht mitwirken. Ist der Vorsitzende selbst betroffen, so entscheidet die obere Schulaufsichtsbehörde. Wird das Mitglied eines Fachprüfungsausschusses von der Mitwirkung entbunden, so ist ein neues Mitglied zu berufen.

§ 8

Niederschriften

(1) Über alle Prüfungsvorgänge sind Niederschriften zu fertigen.

(2) Bei den Prüfungskonferenzen und den Prüfungen sind Teilnehmerlisten zu führen.

(3) Die Vornoten, die Noten der schriftlichen, praktischen und mündlichen Prüfung, die Abschlußnoten und das Prüfungsergebnis sind in Prüfungslisten aufzunehmen.

(4) Der Vorsitzende bestellt den Schriftführer für den Prüfungsausschuß; der Schriftführer für die mündlichen Einzelprüfungen muß sachkundig sein.

(5) Die Niederschrift ist jeweils vom Vorsitzenden, vom Fachprüfer und vom Schriftführer zu unterzeichnen.

(6) Die Niederschrift über die schriftliche und die praktische Prüfung ist von den die Aufsicht führenden Lehrern zu fertigen und zu unterzeichnen.

(7) Die Niederschrift über die mündliche Einzelprüfung muß Aufgaben, Verlauf, Teilergebnisse und Gesamtergebnis erkennen lassen. Das Abstimmungsergebnis ist in die Niederschrift aufzunehmen.

§ 9

Teilnahme von Gästen

(1) Es sind berechtigt, bei mündlichen und praktischen Prüfungen einschließlich der entsprechenden Beratung und Beschlußfassung anwesend zu sein:

1. nicht an der Prüfung beteiligte Lehrer und Lehramtsanwärter der Schule, soweit dienstliche Gründe nicht entgegenstehen,
2. ein Vertreter des Schulträgers,

3. Vertreter der oberen und obersten Schulaufsichtsbehörde.

(2) Der Vorsitzende der Schulpflegschaft oder sein Stellvertreter können als Zuhörer bei der mündlichen Prüfung zugegen sein. Der Prüfungsausschuß kann zwei Vertreter der für die Berufsbildung zuständigen Stelle als Zuhörer zulassen. Mit Zustimmung des Prüflings kann der Vorsitzende des Prüfungsausschusses Schüler der der Abschlußklasse vorhergehenden Klasse als Zuhörer zulassen.

§ 10

Pflicht zur Verschwiegenheit

Die Mitglieder der Ausschüsse und die Gäste sind zur Verschwiegenheit über alle Prüfungsvorgänge verpflichtet. Sie sind hierauf hinzuweisen.

3. Abschnitt:

Zulassung zur Prüfung

§ 11

Zulassungskonferenz

(1) Über die Zulassung der Schüler zur Prüfung entscheidet der Prüfungsausschuß in der Zulassungskonferenz.

(2) Grundlage für die Ermittlung der Vornoten sind die Leistungsnachweise des laufenden Schuljahres; dabei ist die Entwicklung des Schülers angemessen zu berücksichtigen. Die Vornote wird vom Fachlehrer vorgeschlagen und ist auf Verlangen eines Mitgliedes des Prüfungsausschusses zu begründen. Die Vornoten werden von der Zulassungskonferenz festgesetzt; für die Fächer, die nicht Gegenstand der schriftlichen oder der praktischen Prüfung sind, haben die Vornoten bis zur Zwischenkonferenz vorläufigen Charakter.

(3) Die in der Zulassungskonferenz festgesetzten Vornoten in den Fächern der schriftlichen und der praktischen Prüfung werden dem Prüfling auf Wunsch spätestens eine Woche vor der schriftlichen oder der praktischen Prüfung bekanntgegeben. Eine nachträgliche Änderung der festgesetzten Vornoten ist nur bei offenerer Unrichtigkeit auf schriftlichen Antrag des Fachlehrers oder des Schülers durch den Prüfungsausschuß möglich.

(4) Nach der Zulassung zur Prüfung sind die Schüler bis zur Bekanntgabe der Vornoten und der Fächer für die mündliche Prüfung weiterhin zur Anwesenheit und zur Leistung im Unterricht verpflichtet.

§ 12

Nichtzulassung zur Prüfung

(1) Die Zulassung ist insbesondere zu versagen, wenn nach den Vornoten keine Aussicht auf einen erfolgreichen Abschluß der Prüfung besteht.

(2) Die Zulassung kann versagt werden, wenn der Schüler nicht hinreichend beurteilt werden kann, weil er nicht regelmäßig am Unterricht teilgenommen oder Leistungsnachweise nicht erbracht hat.

(3) Wird die Zulassung versagt, setzt der Prüfungsausschuß die Zeugnisnoten für alle Fächer fest.

(4) Die Nichtzulassung zur Prüfung ist dem Schüler, gegebenenfalls seinen Erziehungsberechtigten, unverzüglich unter Angabe der Gründe schriftlich mitzuteilen. Sie hat die gleiche Wirkung wie eine nicht bestandene Prüfung; eine Nachprüfung (§ 27) ist ausgeschlossen. Eine Wiederholung der Prüfung richtet sich nach § 28. Auf diese Bestimmungen und den Rechtsbehelf (§ 30) ist in dem Bescheid über die Nichtzulassung hinzuweisen.

4. Abschnitt:

Ablauf und Verfahren der Prüfung

§ 13

Schriftliche Prüfung

(1) Die jeweilige Ausbildungsordnung legt die Fächer und den Umfang der schriftlichen Prüfung fest. Die Prüfungsaufgaben dürfen im Unterricht nicht soweit vorbereitet sein, daß ihre Bearbeitung keine neue selbständige Leistung erfordert.

(2) Der Schulleiter legt der oberen Schulaufsichtsbehörde sechs Wochen vor Beginn der schriftlichen Prüfung für jedes Prüfungsfach zwei von den Fachlehrern ausgearbeitete und von ihm gebilligte Aufgabenvorschläge zugleich mit Terminvorschlägen für die einzelnen Prüfungsteile vor. Die obere Schulaufsichtsbehörde kann die Aufgaben- und Terminvorschläge nach Beratung mit dem Schulleiter abändern oder durch neue ersetzen lassen. Sie wählt je Fach einen zur Bearbeitung zu stellenden Aufgabenvorschlag aus und sendet die Prüfungsaufgaben in versiegelten Umschlägen zurück und bestätigt die Prüfungstermine.

(3) Die ausgewählten Prüfungsaufgaben sind bis zum Tag der jeweiligen schriftlichen Prüfung, die nicht gewählten Vorschläge bis zur Nachprüfung unter Verschluss zu halten. Dies gilt auch für Entwürfe, Durchschriften, Vervielfältigungen und Anlagen.

§ 14

Durchführung der schriftlichen Prüfung

(1) Die Aufsicht während der schriftlichen Prüfung wird in der Regel durch die Lehrer ausgeübt, die in den Prüfungsfächern unterrichtet haben. Soweit es erforderlich ist, können vom Schulleiter auch andere Lehrer bestimmt werden. Der Aufsichtsplan ist zu den Prüfungsunterlagen zu nehmen.

(2) Die Prüflinge sind zu Beginn der Prüfung auf die Vorschriften der §§ 23 und 24 hinzuweisen. Die Bekanntgabe ist in die Niederschrift aufzunehmen.

(3) Für die Arbeiten einschließlich der Entwürfe und Notizen darf nur von der Schule gekennzeichnetes Papier benutzt werden. Bei Abgabe der Arbeit sind alle ausgegebenen Bögen zurückzugeben.

(4) Die Umschläge mit den Prüfungsaufgaben dürfen erst unmittelbar vor Beginn der einzelnen Arbeit in Anwesenheit der Prüflinge geöffnet werden.

(5) Bei den Arbeiten dürfen nur die Hilfsmittel benutzt werden, die in den Aufgabenvorschlägen angegeben sind.

§ 15

Bewertung der schriftlichen Arbeiten

(1) Der Fachlehrer der Klasse korrigiert die schriftliche Prüfungsarbeit; er begutachtet und bewertet sie abschließend mit einer Note.

(2) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses kann einen zweiten Fachlehrer mit der Durchsicht der Arbeit beauftragen. Bei abweichender Bewertung durch diesen entscheidet der Prüfungsausschuß über die Note.

§ 16

Praktische Prüfung

(1) Die jeweilige Ausbildungsordnung bestimmt, ob und in welchen Fächern praktische Prüfungen stattfinden, wie die Prüfungsaufgaben ausgewählt und die praktische Prüfung durchgeführt werden.

(2) Die Prüfungsleistungen werden durch den Fachprüfungsausschuß bewertet.

(3) Soweit die jeweilige Ausbildungsordnung nichts anderes bestimmt, gelten die §§ 13 bis 15 entsprechend.

§ 17

Zwischenkonferenz

(1) Die Ergebnisse der schriftlichen und der praktischen Prüfungsleistungen werden vom Prüfungsausschuß in der Zwischenkonferenz festgestellt.

(2) Die Vornoten in den Fächern, die nicht Gegenstand der schriftlichen oder der praktischen Prüfung sind, werden in der Zwischenkonferenz festgelegt. Die Vornote wird vom Fachlehrer der Klasse vorgeschlagen und ist auf Verlangen eines Mitgliedes des Prüfungsausschusses zu begründen.

(3) Die Zwischenkonferenz entscheidet über die Durchführung der mündlichen Prüfung.

§ 18

Mündliche Prüfung

(1) Die mündliche Prüfung kann auf alle im letzten Schuljahr unterrichteten Fächer mit Ausnahme der Fächer, die Gegenstand der praktischen Prüfung sind, erstreckt werden. Die Fächer, in denen der Prüfling mündlich geprüft werden soll, bestimmt die Zwischenkonferenz. Der Vorsitzende kann darüber hinaus mündliche Prüfungen für einzelne Prüflinge festsetzen.

(2) Von der mündlichen Prüfung eines Prüflings kann abgesehen werden, wenn aufgrund der Vornoten und des Ergebnisses der schriftlichen Prüfung alle Endnoten eindeutig festgelegt werden können.

(3) Wer nach den Vornoten und dem Endergebnis der schriftlichen Prüfung keine Aussicht hat, die Prüfung zu bestehen, nimmt an der mündlichen Prüfung nicht teil. Der Prüfungsausschuß setzt die Zeugnisnoten für alle Fächer fest. Die Prüfung gilt als nicht bestanden. Der Beschluß ist dem Prüfling, gegebenenfalls seinen Erziehungsberechtigten, unter Angabe der Gründe schriftlich mitzuteilen. Eine Nachprüfung (§ 27) ist ausgeschlossen. Eine Wiederholung der Prüfung richtet sich nach § 28. Auf diese Bestimmungen und den Rechtsbehelf (§ 30) ist in dem Bescheid hinzuweisen.

(4) Den übrigen Prüflingen ist eine Woche vor der mündlichen Prüfung bekanntzugeben, ob und in welchen Fächern sie mündlich geprüft werden. Nach dieser Bekanntgabe kann der Prüfungsausschuß ohne Zustimmung des Prüflings keine weiteren Fächer zur mündlichen Prüfung bestimmen. Jedem Prüfling werden die in den einzelnen Prüfungsfächern erzielten Ergebnisse und die Vornoten in den Fächern, die nicht Gegenstand der schriftlichen Prüfung waren, bekanntgegeben. § 11 Abs. 3 Satz 2 findet entsprechende Anwendung.

(5) Nach Bekanntgabe der Fächer für die mündliche Prüfung sind die Schüler vom Unterricht befreit.

§ 19

Benennung weiterer Prüfungsfächer durch den Prüfling

(1) Der Prüfling kann ein weiteres Fach benennen, in dem er mündlich geprüft werden möchte; dies kann auch ein Fach sein, das im letzten Schuljahr nicht unterrichtet worden ist. In diesem Fall ist der Fachprüfer Mitglied des Prüfungsausschusses. Der Prüfling muß seinen Wunsch spätestens am zweiten Werktag nach Bekanntgabe der Fächer für die mündliche Prüfung dem Schulleiter schriftlich mitteilen.

(2) Der Prüfungsausschuß soll dem Wunsch entsprechen, es sei denn, daß es sich um ein Fach mit schriftlicher Prüfungsarbeit handelt und Vornote und Ergebnis der Prüfungsarbeit übereinstimmen.

(3) Die Meldung für das zusätzliche Fach ist verbindlich.

§ 20

Durchführung der mündlichen Prüfung

(1) Der Fachprüfungsausschuß muß während der Dauer der mündlichen Prüfung vollständig besetzt sein.

(2) Die Dauer der mündlichen Prüfung beträgt in der Regel 15 Minuten für jeden Prüfling. Dem Prüfling ist in der Regel eine angemessene Vorbereitungszeit unter Aufsicht zu gewähren.

(3) Die mündliche Prüfung wird grundsätzlich vom Fachprüfer (§ 5 Abs. 2 Nr. 2) durchgeführt. Der Vorsitzende des Fachprüfungsausschusses hat das Recht, Fragen an den Prüfling zu richten und die Prüfung zeitweise selbst zu übernehmen. Dieses Recht steht auch dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu; er kann es auf ein anderes Mitglied des Prüfungsausschusses übertragen.

§ 21

Bewertung der mündlichen Leistungen

(1) Der Prüfer schlägt für die Leistung in der mündlichen Prüfung eine Note vor; der Fachprüfungsausschuß setzt die Note fest.

(2) Die Begründung für eine nicht mindestens ausreichende Leistung ist in die Niederschrift aufzunehmen.

§ 22

Ergänzende Bestimmung für behinderte Schüler

Soweit es die Besonderheiten behinderter Schüler erfordern, kann von den Bestimmungen dieser Verordnung abgewichen werden.

5. Abschnitt:**Unregelmäßigkeiten bei der Prüfung**

§ 23

Nichtteilnahme an der Prüfung

(1) Tritt der Prüfling von der Prüfung zurück, oder nimmt er aus von ihm zu vertretenden Gründen nicht an der Prüfung teil, so gilt die Prüfung als nicht bestanden. Prüfungsleistungen, die der Prüfling verweigert oder aus von ihm zu vertretenden Gründen versäumt, werden wie eine ungenügende Leistung bewertet.

(2) Kann der Prüfling aus von ihm nicht zu vertretenden Gründen an der gesamten Prüfung oder an dem noch fehlenden Teil der Prüfung nicht teilnehmen, so muß er dies unverzüglich nachweisen; über eine Prüfungsunfähigkeit aus gesundheitlichen Gründen ist ein ärztliches Attest vorzulegen.

(3) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses entscheidet, ob die Nichtteilnahme vom Prüfling nicht zu vertreten ist. In diesem Fall bestimmt er, wann die Prüfung nachgeholt oder fortgesetzt wird. Bereits erbrachte Prüfungsleistungen werden angerechnet. Ist eine schriftliche Prüfungsarbeit nachzuholen, ist der nicht gewählte Vorschlag als Aufgabe zu stellen.

§ 24

Täuschungshandlungen und deren Folgen

(1) Bedient sich ein Prüfling bei der Prüfung unerlaubter Hilfe, so begehrt er eine Täuschungshandlung. Bei geringem Umfang der Täuschungshandlung wird der ohne Täuschung erbrachte Teil bewertet; der übrige Teil wird als nicht erbracht gewertet. Bei umfangreicher Täuschungshandlung wird die gesamte Leistung wie eine ungenügende Leistung bewertet. Bei Unklarheit über den Umfang der Täuschungshandlung wird die Wiederholung der Prüfungsleistung angeordnet. In besonders schweren Fällen kann der Prüfling von der weiteren Prüfung ausgeschlossen werden.

(2) Behindert ein Prüfling durch sein Verhalten die Prüfung so schwerwiegend, daß es nicht möglich ist, seine Prüfung oder die anderer Prüflinge ordnungsgemäß durchzuführen, so kann er von der weiteren Prüfung ausgeschlossen werden.

(3) Bei der Prüfung festgestellte Unregelmäßigkeiten sind dem Prüfungsausschuß zu melden und in die Niederschrift aufzunehmen. Die Entscheidung in den Fällen der Absätze 1 und 2 trifft der Prüfungsausschuß.

(4) Wird ein Prüfling von der weiteren Prüfung ausgeschlossen, so gilt die Prüfung als nicht bestanden.

(5) Werden Täuschungshandlungen erst nach Abschluß der Prüfung festgestellt, so kann die obere Schulaufsichtsbehörde innerhalb von zwei Jahren die Prüfung als nicht bestanden und das Zeugnis für ungültig erklären.

6. Abschnitt:**Abschluß der Prüfung**

§ 25

Abschlußkonferenz

(1) Nach Abschluß der mündlichen Prüfungen setzt der Prüfungsausschuß in der Abschlußkonferenz für jeden Prüfling die Abschlußnoten fest.

(2) Die Abschlußnoten ergeben sich aus den Vornoten sowie den in der schriftlichen, praktischen und mündlichen Prüfung erzielten Noten. Den Vornoten ist in der Regel größeres Gewicht beizumessen. Die Abschlußnoten dürfen nicht nur schematisch errechnet werden.

(3) In den Fächern, in denen nicht geprüft wurde, werden die Vornoten als Abschlußnoten festgesetzt.

§ 26

Prüfungsergebnis

(1) Der Prüfungsausschuß stellt fest, ob der Prüfling die Prüfung bestanden hat.

(2) Nach der Abschlußkonferenz sind dem Prüfling das Prüfungsergebnis und die Abschlußnoten bekanntzugeben. Gegebenenfalls ist er auf die Möglichkeit der Nachprüfung oder der Wiederholung hinzuweisen.

(3) Gleichzeitig sind die Prüflinge über den Rechtsbehelf (§ 30) schriftlich zu belehren.

(4) Dem Prüfling ist auf Antrag Einsicht in die ihn betreffenden Prüfungsakten zu geben. Der Antrag ist binnen eines Monats nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses zu stellen. § 29 Verwaltungsverfahrensgesetz bleibt hiervon unberührt.

§ 27

Nachprüfung

(1) Für Prüflinge, die die Prüfung nicht bestanden haben, stellt der Prüfungsausschuß fest, ob sie sich einer Nachprüfung unterziehen können. Ein Prüfling wird zur Nachprüfung zugelassen, wenn zum Bestehen der Prüfung eine Verbesserung um nicht mehr als eine Note in einem Fach ausreicht, in dem er die Abschlußnote „mangelhaft“ erhalten hat.

(2) Wer die Prüfung nach § 23 Abs. 1 oder § 24 Abs. 4 nicht bestanden hat, kann nicht zur Nachprüfung zugelassen werden. Das gleiche gilt für Schüler, die gemäß § 12 und § 18 Abs. 3 nicht zur Prüfung zugelassen worden sind.

(3) Die Nachprüfung findet nach den Sommerferien statt und muß spätestens zwei Wochen nach Unterrichtsbeginn abgeschlossen sein. Die Meldung zur Nachprüfung hat spätestens drei Wochen vor Unterrichtsbeginn zu erfolgen.

(4) Auf die Nachprüfung finden die vorstehenden Bestimmungen über die Prüfung entsprechende Anwendung. Für die schriftliche oder die praktische Nachprüfung ist in der Regel der von der oberen Schulaufsichtsbehörde nicht gewählte Vorschlag zu nehmen.

(5) Bei der Entscheidung, ob die Nachprüfung bestanden ist, ist die vom Prüfungsausschuß festgesetzte Vornote zu berücksichtigen. Die Bestimmung der Abschlußnote richtet sich nach § 25.

§ 28

Wiederholung der Prüfung

(1) Eine bestandene Prüfung kann nicht wiederholt werden.

(2) Eine nicht bestandene Prüfung kann nach dem nochmaligen Besuch der Abschlußklasse einmal wiederholt werden. Die obere Schulaufsichtsbehörde kann eine zweite Wiederholung zulassen, wenn besondere Umstände vorliegen.

§ 29

Beanstandung von Prüfungsentscheidungen

(1) Der Vorsitzende kann Entscheidungen des Prüfungsausschusses und des Fachprüfungsausschusses beanstanden und die Entscheidung der oberen Schulaufsichtsbehörde herbeiführen. Die Beanstandung hat aufschiebende Wirkung.

(2) Die Prüfungsakten sind einem bei der oberen Schulaufsichtsbehörde zu bildenden Ausschuß zur Entscheidung vorzulegen. Der Ausschuß besteht aus zwei schulfachlichen und einem juristischen Dezernenten. Der Leiter der Behörde beruft die Mitglieder und ernennt ein Mitglied zum Vorsitzenden. Der Vorsitzende kann weitere schulfachliche Dezernenten hinzuziehen. Der Prüfungsausschußvorsitzende, der den Einspruch erhoben hat, darf dem Ausschuß nicht angehören.

(3) Die Feststellung des Prüfungsergebnisses wird bis zur Entscheidung der oberen Schulaufsichtsbehörde ausgesetzt.

§ 30

Widerspruch

(1) Entscheidungen des Prüfungsausschusses können durch Widerspruch angefochten werden. Der Widerspruch ist bei dem Prüfungsausschuß schriftlich einzulegen und zu begründen. Die Widerspruchsfrist beträgt einen Monat, gerechnet vom Tage der Bekanntgabe der jeweiligen Entscheidung an.

(2) Der Prüfungsausschuß beschließt über den Widerspruch. Die Entscheidung ist zu begründen. Wird dem Widerspruch nicht stattgegeben, entscheidet die obere Schulaufsichtsbehörde gemäß § 29.

§ 31

Zeugnis

(1) Wer die Prüfung bestanden hat, erhält ein Abschlußzeugnis.

(2) Wer die Prüfung nicht bestanden hat, erhält ein Jahreszeugnis oder ein Abgangszeugnis, wenn er die Schule verläßt.

(3) Die Zeugnisse tragen das Datum der Entscheidung der Abschlußkonferenz.

§ 32

Berechtigungen

Mit dem Abschlußzeugnis wird dem Schüler die in der Ausbildungsordnung vorgesehene Berechtigung zuerkannt.

7. Abschnitt:

Prüfungen für Nichtschüler

§ 33

Zulassungsvoraussetzungen

(1) Personen, die nicht Schüler einer berufsbildenden Schule sind, können die Nichtschülerprüfung ablegen, soweit die Ausbildungsordnung dies vorsieht.

(2) Die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Nichtschülerprüfung werden in der jeweiligen Ausbildungsordnung geregelt.

§ 34

Zulassungsantrag

(1) Der Antrag auf Zulassung zur Nichtschülerprüfung ist schriftlich an die obere Schulaufsichtsbehörde zu richten, in deren Zuständigkeitsbereich der Bewerber seinen Wohnsitz hat.

(2) Dem Antrag sind außer den Nachweisen über die Erfüllung der Zulassungsvoraussetzungen beizufügen:

1. ein Lebenslauf mit Darstellung des Bildungsganges und Lichtbild,
2. eine Erklärung, ob sich der Bewerber bereits früher einer entsprechenden Abschlußprüfung unterzogen hat, gegebenenfalls mit Angabe von Zeit, Ort und Prüfungsergebnis,
3. gegebenenfalls eine Erklärung, daß der Prüfling in Religionslehre nicht geprüft werden will,
4. ein Nachweis über die Vorbereitung zur Prüfung.

(3) Die obere Schulaufsichtsbehörde entscheidet über die Zulassung und bestimmt die Schule, an der die Prüfung abgelegt wird.

(4) Im übrigen gelten die Bestimmungen für die Schülerprüfung entsprechend.

8. Abschnitt:

Schlußvorschriften

§ 35

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 3. März 1980

Der Kultusminister
des Landes Nordrhein-Westfalen

Girgensohn

- GV. NW. 1980 S. 464.

223

**Verordnung
zur Ausführung des § 7 Schulfinanzgesetz
(Schülerfahrkostenverordnung - SchfkVO -)**
Vom 24. März 1980

Aufgrund des § 7 Abs. 3 des Schulfinanzgesetzes (SchFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. April 1970 (GV. NW. S. 288), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. Juli 1979 (GV. NW. S. 479), wird im Einvernehmen mit dem Innenminister, dem Finanzminister und dem Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr sowie mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags verordnet:

Inhaltsübersicht

Erster Abschnitt - Allgemeines

- § 1 Schülerfahrkosten
- § 2 Geltungsbereich
- § 3 Zuständigkeit
- § 4 Kostenträger

Zweiter Abschnitt - Notwendige Fahrkosten

- § 5 Notwendigkeit
- § 6 Sonstige Anspruchsvoraussetzungen
- § 7 Schulweg
- § 8 Unterrichtsort
- § 9 Nächstgelegene Schule
- § 10 Familienheimfahrt
- § 11 Notwendige Begleitperson

Dritter Abschnitt -
Wirtschaftlichste Beförderung

- § 12 Wirtschaftlichste Beförderung
- § 13 Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln
- § 14 Schülerspezialverkehr
- § 15 Beförderung mit Privatfahrzeugen
- § 16 Wegstreckenentschädigung

Vierter Abschnitt - Schlußvorschriften

- § 17 Sonderregelungen
- § 18 Inkrafttreten

Erster Abschnitt

Allgemeines

§ 1

Schülerfahrkosten

Schülerfahrkosten sind die Kosten, die für die wirtschaftlichste, dem Schüler zumutbare Art der Beförderung zu den Schulen im Sinne von § 7 SchFG und zurück notwendig entstehen.

§ 2

Geltungsbereich

(1) Anspruch auf Übernahme von Schülerfahrkosten besteht nach dieser Verordnung für den Besuch der öffentlichen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen (§§ 4, 4 b SchVG), der Fachschulen und der Höheren Fachschulen (§ 4 a SchVG).

(2) Für Schüler von Berufsschulen werden Schülerfahrkosten übernommen, soweit sie das Berufsgrundschuljahr oder das Berufsvorbereitungsjahr besuchen. Gleiches gilt für Schüler von Bezirksfachklassen, wenn sie außerhalb des Gebietes des Kreises oder der kreisfreien Stadt wohnen, in dem die Bezirksfachklasse liegt.

(3) In besonders begründeten Ausnahmefällen, wenn die nächstgelegene Schule außerhalb des Landes liegt oder für Sonderschüler und Berufsschüler eine entsprechende Beschulungsmöglichkeit im Lande fehlt sowie für arbeitslose Berufsschulpflichtige, können vom Land über den Geltungsbereich der Absätze 1 und 2 hinaus Schülerfahrkosten übernommen werden.

(4) Bei Übernahme von Schülerfahrkosten durch Erstsatzschulträger gilt für die Bezuschussung nach § 6 Abs. 5 EFG diese Verordnung entsprechend.

§ 3

Zuständigkeit

Der Schulträger entscheidet im Rahmen dieser Verordnung über Art und Umfang der Schülerbeförderung. Ihm obliegt keine Pflicht zur Beförderung.

§ 4

Kostenträger

(1) Der Schulträger der vom Schüler besuchten Schule übernimmt die Schülerfahrkosten auf Antrag unabhängig vom Wohnsitz des Schülers (Schulträgerprinzip). Er entscheidet über das zweckmäßigste Verfahren.

(2) Bewilligungszeitraum ist in der Regel das Schuljahr. Der Antrag auf Fahrkostenübernahme soll unverzüglich zu Beginn des Bewilligungszeitraums beim Schulträger gestellt werden. Eine nachträgliche Übernahme (Erstattung) der Schülerfahrkosten ist nur möglich, wenn der Antrag spätestens bis zum Ablauf von drei Monaten nach Ende des Bewilligungszeitraums gestellt wird.

Zweiter Abschnitt

Notwendige Fahrkosten

§ 5

Notwendigkeit

(1) Schülerfahrkosten sind die notwendigen Kosten für die Beförderung von Schülern.

(2) Fahrkosten entstehen notwendig, wenn der Schulweg nach § 7 Abs. 1 in der einfachen Entfernung für den Schüler der Grundschule, der entsprechenden Klassen der Sonderschule, des Schulkindergartens und des Sonderschulkindergartens mehr als 2 km, im übrigen mehr als 3,5 km beträgt.

(3) Soweit bei überwiegendem wöchentlichen Vor- und Nachmittagsunterricht ein zweites Zurücklegen des Schulweges aus schulischen Gründen notwendig ist und insgesamt die Entfernungen des Absatzes 2 überschritten werden, entstehen Fahrkosten notwendig für einen Schulweg.

§ 6

Sonstige Anspruchsvoraussetzungen

(1) Unabhängig von der Länge des Schulweges entstehen Fahrkosten notwendig, wenn der Schüler nicht nur vorübergehend aus gesundheitlichen Gründen oder wegen einer geistigen oder körperlichen Behinderung ein Verkehrsmittel benutzen muß. Der Nachweis ist durch Vorlage eines ärztlichen Zeugnisses, in besonderen Zweifelsfällen durch ein schulärztliches oder amtsärztliches Gutachten entsprechend § 9 Abs. 3 ASchO zu führen. Sofern die Notwendigkeit der Beförderung offenkundig ist, kann auf die Vorlage des ärztlichen Zeugnisses verzichtet werden.

(2) Unabhängig von der Länge des Schulweges entstehen Fahrkosten notwendig, wenn der Schulweg nach den objektiven Gegebenheiten besonders gefährlich oder nach den örtlichen Verhältnissen für Schüler ungeeignet ist. Ein Schulweg ist insbesondere dann besonders gefährlich, wenn er überwiegend entlang einer verkehrsreichen Straße ohne Gehweg oder begehbaren Randstreifen führt oder wenn eine verkehrsreiche Straße ohne besondere Sicherung für Fußgänger überquert werden muß. Ein Schulweg ist nicht besonders gefährlich oder ungeeignet, wenn innerhalb der Entfernungsgrenzen des § 5 Abs. 2 an seiner Stelle ein anderer Fußweg zumutbar ist (Schulersatzweg), bei dem diese Gründe nicht vorliegen.

§ 7

Schulweg

(1) Schulweg im Sinne dieser Verordnung ist der kürzeste Weg (Fußweg) zwischen der Wohnung des Schülers und der nächstgelegenen Schule oder dem Unterrichtsort. Als Wohnung ist der nicht nur vorübergehende, gewöhnliche Aufenthalt des Schülers an Unterrichtstagen anzusehen. Der Schulweg beginnt an der Haustür des Wohngebäudes und endet am nächstliegenden Eingang des Schulgrundstücks.

(2) Schulweg im Sinne dieser Verordnung ist auch der Weg zwischen Schule und Unterrichtsort (§ 8).

(3) Schulweg ist nicht der Weg, der im Zusammenhang mit Schulwanderungen und Schulfahrten steht.

§ 8

Unterrichtsort

(1) Unterrichtsort im Sinne des § 7 ist der Ort außerhalb des Schulgrundstücks, an dem regelmäßig lehrplanmäßiger Unterricht durchgeführt wird.

(2) Unterrichtsort ist auch der Ort, an dem Schulsonderturnen, Verkehrserziehung, Silentien, muttersprachlicher Unterricht für ausländische Schüler, Betriebserkundungen sowie Schulgottesdienste stattfinden. Als Unterrichtsort gilt auch die der Wohnung nächstgelegene aufnahmebereite Ausbildungsstätte im Lande, in der ein lehrplanmäßig vorgesehene Praktikum als schulische Veranstaltung durchgeführt wird.

§ 9

Nächstgelegene Schule

(1) Für Schüler einer Grundschule ist nächstgelegene Schule

- die Schule, in deren Schulbezirk der Schüler wohnt, oder
- die von den Erziehungsberechtigten gemäß §§ 25 und 26 SchOG gewählte Schule, selbst wenn die Schule einer anderen Schulart der Wohnung des Schülers näher liegt, oder
- die Schule, die der Schüler als zugewiesener Schüler gemäß § 28 Abs. 1 SchVG besucht, oder
- die Schule, die der Schüler mit Genehmigung nach § 6 Abs. 3 SchpflG besucht.

(2) Für Schüler des Berufsgrundschuljahres, des Berufsvorbereitungsjahres und einer Bezirksfachklasse ist nächstgelegene Schule

- die Berufsschule des Schulbezirks, die gemäß § 13 Abs. 1 Satz 1 SchpflG zu besuchen ist, oder
- die andere Berufsschule, die der Schüler als zugewiesener Schüler gemäß § 28 Abs. 1 SchVG oder mit Genehmigung nach § 13 Abs. 1 Satz 3 SchpflG besucht.

(3) Für Schüler der anderen Schulen ist nächstgelegene Schule die Schule, in deren Schuleinzugsbereich (§ 9 Abs. 1 SchVG) der Schüler wohnt. Ist kein Schuleinzugsbereich gebildet worden, ist nächstgelegene Schule die Schule der gewählten Schulform, der gewählten Schulart und des gewählten Schultyps, die mit dem geringsten Aufwand an Kosten und einem zumutbaren Aufwand an Zeit erreicht werden kann und deren Besuch schulorganisatorische Gründe nicht entgegenstehen.

(4) Ganztagschulen, Schulen mit angegliedertem Tagesheim, Schulen mit einem Angebot besonderer Unterrichtsveranstaltungen, Schulen mit oder ohne Koedukation sowie unterschiedliche Kursangebote in der Oberstufe des Gymnasiums begründen keinen eigenen Schultyp. Als anderer Schultyp gilt in der Sekundarstufe I des Gymnasiums das unterschiedliche Angebot der ersten Fremdsprache.

(5) Sind öffentliche und private Schulen der gewählten Schulform, der gewählten Schulart und des gewählten Schultyps vorhanden, bleiben für den Schüler, der eine öffentliche Schule besuchen will, entsprechende private Schulen und für den Schüler, der eine private Schule besuchen will, entsprechende öffentliche Schulen außer Betracht. Weltanschauliche oder konfessionelle Unterschiede, die die Schule prägen, sind bei der Bestimmung der nächstgelegenen Privatschule nach Absatz 3 Satz 2 und Absatz 4 zu berücksichtigen.

(6) Schulorganisatorische Gründe im Sinne des Absatzes 3 stehen dem Besuch der nächstgelegenen Schule auch dann entgegen, wenn ein damit verbundener Schulwechsel nach dem erreichten Stand der Schullaufbahn die Ausbildung wesentlich beeinträchtigen würde. Dies gilt insbesondere nach Eintritt in die Jahrgangsstufe 12 der Oberstufe des Gymnasiums.

(7) Wird eine andere als die nächstgelegene Schule im Sinne dieser Vorschrift besucht, sind Schülerfahrkosten vom Schulträger der besuchten Schule nur in Höhe des Betrages zu übernehmen, der beim Besuch der nächstgelegenen Schule anfallen würde.

(8) Für Kinder in einem Schulkindergarten gilt Absatz 1, für Kinder in einem Sonderschulkindergarten gilt Absatz 3 entsprechend.

§ 10

Familienheimfahrt

(1) Zu den notwendigen Schülerfahrkosten gehören die nachgewiesenen Kosten für eine wöchentliche Familienheimfahrt zwischen der Wohnung der Erziehungsberechtigten und dem gleichfalls im Lande gelegenen Internat, wenn die Unterbringung notwendig ist; dies gilt auch nach Eintritt der Volljährigkeit. Durch die Erstattung der Kosten für Familienheimfahrten wird die Übernahme von Fahrkosten für den täglichen Schulweg am Schulort ausgeschlossen.

(2) Die Unterbringung in einem Internat ist nur notwendig, wenn anderenfalls der Besuch der gewählten Schulform nicht möglich ist. Die Wahl eines bestimmten Schultyps oder Umstände, die im persönlichen Bereich der Erziehungsberechtigten liegen, begründen diese Notwendigkeit nicht.

§ 11

Notwendige Begleitperson

Zu den notwendigen Schülerfahrkosten gehören die Fahrkosten für eine Begleitperson, wenn die Notwendigkeit der Begleitung des geistig oder körperlich behinderten Schülers nach § 6 Abs. 1 Satz 2 und 3 nachgewiesen ist. Dies gilt auch für die Wegstrecken, die die Begleitperson allein zurückzulegen hat (Leerfahrten).

Dritter Abschnitt

Wirtschaftlichste Beförderung

§ 12

Wirtschaftlichste Beförderung

(1) Schülerfahrkosten sind die Kosten, die für die wirtschaftlichste Beförderung von Schülern notwendig entstehen.

(2) Für die Beförderung von Schülern kommen in Betracht:

1. öffentliche Verkehrsmittel,
2. durch den Schulträger angemietete geeignete Kraftfahrzeuge eines zuverlässigen Beförderungsunternehmers oder geeignete Kraftfahrzeuge des Schulträgers (Schülerspezialverkehr),
3. die von den Erziehungsberechtigten oder dem Schüler gestellten oder angemieteten Fahrzeuge (Privatfahrzeuge).

(3) Der Schulträger entscheidet über die wirtschaftlichste Beförderung.

(4) Wirtschaftlichste Beförderung ist die Beförderungsart, die für den Schulträger die geringsten Kosten zur Folge hat und für den Schüler unter Berücksichtigung der Interessen des Gesamtverkehrs zumutbar ist. Die Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln ist in der Regel die wirtschaftlichste Beförderung; sie hat grundsätzlich Vorrang vor den anderen Beförderungsarten.

(5) Im Rahmen der wirtschaftlichsten Beförderung kann unter Berücksichtigung des Alters des Schülers auch die Benutzung mehrerer Beförderungsmittel für den Schulweg zumutbar sein.

§ 13

Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln

(1) Bei Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln sind Schülerfahrkosten nur die Kosten, die nach dem genehmigten Beförderungsentgelt unter Berücksichtigung möglicher Fahrpreisermäßigungen für die preisgünstigste Verkehrsverbindung zwischen Wohnung, Schule und Unterrichtsort notwendig entstehen.

(2) Die Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln ist in der Regel zumutbar, wenn die Länge der einfachen Fußwegstrecke zwischen der Wohnung und der nächstgelegenen Haltestelle sowie zwischen der zur Schule nächstgelegenen Haltestelle und der Schule oder dem Unterrichtsort für den Schüler der Grundschule, der entsprechenden Klassen der Sonderschulen, des Schulkindergartens und des Sonderschulkindergartens insgesamt nicht mehr als 1,0 km und für den Schüler der übrigen Klassen insgesamt nicht mehr als 2,0 km beträgt.

(3) Die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel ist nicht zumutbar, wenn der regelmäßige Schulweg auch bei Ausnutzung der günstigsten Verkehrsverbindungen für die Hin- und Rückfahrt zusammengerechnet über drei Stunden in Anspruch nimmt oder der Schüler überwiegend vor sechs Uhr die Wohnung verlassen muß. Für Schüler der Grundschule, der entsprechenden Klassen der Sonderschule, des Schulkindergartens und des Sonderschulkindergartens soll eine Schulwegdauer von insgesamt mehr als einer Stunde nicht überschritten werden; regelmäßige Wartezeiten in der Schule vor und nach dem Unterricht sollen für diese Schüler nicht mehr als 45 Minuten insgesamt betragen.

(4) Schülern mit einer geistigen oder körperlichen Behinderung ist die Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln nicht zumutbar, soweit ein entsprechender Nachweis gemäß § 6 Abs. 1 Satz 2 und 3 geführt wird.

(5) Die Erstattung höherer Fahrkosten ist ausgeschlossen, wenn der Schüler eine andere als die vom Schulträger festgelegte wirtschaftlichste Beförderungsart wählt. Stellt der Schulträger nach § 12 Abs. 4 Fahrausweise für öffentliche Verkehrsmittel zur Verfügung, entfällt jegliche Erstattung von Fahrkosten.

§ 14

Schülerspezialverkehr

(1) Ist die Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht möglich oder unwirtschaftlicher als die Einrichtung eines Schülerspezialverkehrs oder ist die Benutzung dieser Verkehrsmittel nicht zumutbar, sind Schülerfahrkosten nur die Kosten, die bei der Beförderung mit einem Schülerspezialverkehr notwendig entstehen. Hierzu zählen nur die Kosten für die günstigste, dem Schüler zumutbare Streckenführung. § 13 Abs. 2 bis 4 gelten entsprechend.

Bei Nichtbenutzung des Schülerspezialverkehrs entfällt jegliche Erstattung von Fahrkosten.

(2) Ein Schülerspezialverkehr nach Absatz 1 ist, in der Regel zwei Monate vor seiner Einrichtung, dem Regierungspräsidenten anzuzeigen.

(3) Aus Gründen der wirtschaftlichsten Beförderung sollen öffentliche Schulträger bei Einrichtung eines Schülerspezialverkehrs mit anderen öffentlichen oder privaten Schulträgern zusammenarbeiten.

§ 15

Beförderung mit Privatfahrzeugen

(1) Ist die Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder mit Schülerspezialverkehren nicht möglich oder ist die Benutzung dieser Verkehrsmittel nicht zumutbar (§ 13 Abs. 2 bis 4), so hat der Schulträger die Kosten einer Beförderung mit Privatfahrzeugen (einschließlich Taxen und Mietwagen) nach § 16 zu tragen, sofern nur durch diese Art der Beförderung der regelmäßige Schulbesuch gewährleistet ist.

(2) Die Benutzung eines Privatfahrzeuges ist in der Regel nur von der Wohnung bis zur nächstgelegenen Haltestelle eines öffentlichen Verkehrsmittels oder eines Schülerspezialverkehrs notwendig.

(3) Für Fahrten unmittelbar bis zur Schule oder zum Unterrichtsort können die Fahrkosten nur erstattet werden, wenn auch bei Benutzung eines Privatfahrzeuges für die Fahrt zu einer Haltestelle die Benutzung der anderen Verkehrsmittel unzumutbar bleibt.

(4) Bei Beförderung mit einem Privatfahrzeug sind Schülerfahrkosten nur die Kosten, die durch die kürzeste verkehrsbüchliche Streckenführung notwendig entstehen. § 13 Abs. 2 gilt entsprechend.

§ 16

Wegstreckenentschädigung

(1) Die Wegstreckenentschädigung beträgt bei notwendiger Benutzung eines

1. Personenkraftwagens	0,25 DM
2. sonstigen Kraftfahrzeugs	0,10 DM
3. Fahrrads	0,05 DM

je Kilometer.

(2) Wenn die Beförderung mit einem Privatfahrzeug der zur Beförderung verpflichteten Erziehungsberechtigten oder eine andere geeignete Mitfahrgelegenheit ausscheidet, kann in besonders begründeten Ausnahmefällen eine Wegstreckenentschädigung in Höhe der tatsächlich entstehenden Kosten für die Beförderung eines Schülers mit einem Taxi oder Mietwagen gezahlt werden.

(3) Die Kosten für die Benutzung eines Spezialfahrzeugs oder besonderer Einrichtungen sind nur im Rahmen der Absätze 1 und 2 erstattungsfähig.

(4) Bei der Benutzung von Privatfahrzeugen wird eine Mitnahmeentschädigung für jeden regelmäßig mitgenommenen weiteren Schüler, der die Voraussetzungen für die Erstattung der Fahrkosten für die Mitnahmestrecke erfüllt, in Höhe von 0,05 DM je Kilometer gewährt. Die Geltendmachung eines eigenen Erstattungsanspruchs des mitgenommenen Schülers ist ausgeschlossen.

(5) Mit der Wegstreckenentschädigung sind alle sonstigen Aufwendungen im Zusammenhang mit der Benutzung eines Privatfahrzeugs abgegolten. Dies gilt auch für Leerfahrten von Begleitpersonen, mit Ausnahme des § 11.

Vierter Abschnitt

Schlußvorschriften

§ 17

Sonderregelungen

(1) Bei der Durchführung von Praktika im Sinne des § 8 Abs. 2 legt die obere Schulaufsichtsbehörde Entfernungsgrenzen fest, innerhalb deren eine entsprechende geeignete Praktikumsstelle unter Berücksichtigung der regionalen Ausbildungsmöglichkeiten und einer zumutbaren Fahrzeit zu wählen ist.

(2) Ein Anspruch auf Fahrkostenübernahme nach dieser Verordnung ist ausgeschlossen, sofern der Schüler für den nach § 4 Abs. 2 maßgebenden Zeitraum Leistungen nach anderen Vorschriften in Anspruch nimmt, die demselben Zweck dienen und nicht nur den Grundbedarf für den Lebensunterhalt und die Ausbildung abdecken.

(3) Abweichend von § 4 Abs. 1 sind die Fahrkosten von Schülern aus anderen Bundesländern, die nächstgelegene Schulen in Nordrhein-Westfalen besuchen, nach dieser Verordnung nur dann erstattungsfähig, soweit Gegenseitigkeit gewährleistet ist.

§ 18

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. August 1980 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung zur Ausführung des § 7 Schulfinanzgesetz vom 30. April 1970 (GV. NW. S. 294) außer Kraft.

Düsseldorf, den 24. März 1980

Der Kultusminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
Girgensohn

– GV. NW. 1980 S. 468.

Einzelpreis dieser Nummer 2,60 DM

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den August Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Am Wehrhahn 100, Tel. (0211) 38 03 01 (8.00-12.30 Uhr), 4000 Düsseldorf 1

Bezugspreis halbjährlich 34,40 DM (Kalenderhalbjahr), Jahresbezug 68,80 DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim Verlag vorliegen.

Die genannten Preise enthalten 6,5% Mehrwertsteuer

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 688 82 93/2 94, 4000 Düsseldorf 1

Einzellieferungen gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. Versandkosten (je nach Gewicht des Blattes), mindestens jedoch DM 0,80 auf das Postscheckkonto Köln 8516-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 4000 Düsseldorf 1

Verlag und Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf, Am Wehrhahn 100

Druck: A. Bagel, Graphischer Großbetrieb, 4000 Düsseldorf

ISSN 0340-661 X